

Betrügerische NGOs

Die Gründung von Nichtregierungsorganisationen und Aktionsgruppen wird in Indien immer mehr zu einer beliebten Einkommensquelle unseriöser Geschäftemacher. Das 'Council for Advancement of People's Action and Rural Advancement' (CAPART) hat eine 'Schwarze Liste' von über 560 NGOs veröffentlicht, die in finanzielle Betrübereien verwickelt sind und Hilfgelder veruntreuen. CAPART ist eine Institution, die zwar vom indischen Landwirtschaftsministerium finanziert wird, dennoch als unabhängig gilt. Ihr Ziel ist es, Aktionsgruppen zu unterstützen und zu fördern, die sich für die Verbesserung der ländlichen Lebenssituation einsetzen. CAPART unterstützte im vergangenen Jahr mit einem Gesamtetat von über 2 Milliarden Rupien mehr als 7.500 NGOs. Bei der Überprüfung der Bücher von etwa 2.000 NGOs wurden finanzielle Ungereimtheiten in einer Höhe von 15 crores Rupien aufgedeckt. Uttar Pradesh führt die Liste mit 122 Fällen an, aus Andhra Pradesh werden 78 Fälle aufgelistet.

Die von CAPART genannten NGOs verfügen in der Regel über recht kleine Budgets und erhalten zur Förderung von Kleinprojekten Unterstützung von 15.000 bis 20.000 Rupien jährlich. Selbst die größten von ihnen erhalten weniger als 500.000 Rupien pro Jahr. Ein typisches Beispiel für die Vorge-

hensweise solcher 'NGOs' ist die 'Guru Gobind Singh Mahila Samiti', die angeblich in ländlichen Gebieten Beschäftigungsprogramme für Frauen anbietet - doch die von der NGO angegebene Adresse stellte sich als falsch heraus, und bisher sind alle Versuche CAPARTs gescheitert, die NGO tatsächlich aufzuspüren. Nach CAPART gibt es mindestens 300 solcher Phantom-NGOs. NGOs wie die 'Samajik Shaikshanik Vikas Kendra' in Bihar, 'verkauften' ein einziges Projekt bis zu sechsmal, um von verschiedensten Hilfsagenturen Gelder zu bekommen.

Doch mit der Veröffentlichung der 'Schwarzen Liste' wurde auch Kritik an CAPART selbst laut. "Es ist allgemein bekannt, daß CAPART von Mittelsmännern mißbraucht wird, die bis zu 30 Prozent der Projektgelder in die eigene Tasche umleiten," bemerkt ein Sprecher des 'Voluntary Action Network India'. Und auch P.N. Tripathi, der Generalsekretär der 'Association of Voluntary Agencies for Rural Development' (AVARD) bestätigt die Korruptionsvorwürfe gegen CAPART: "CAPART ist bekannt für seine Verbindungen mit korrupten Politikern und NGOs."

Tripathy und andere seriöse NGO-Vertreter weisen auf die mangelhafte Überprüfung und Überwachung von NGO-Aktivitäten durch CAPART hin.

CAPART verteidigt sich damit, daß sie einfach über zu wenig Mitarbeiter verfüge, um ein effektives

Monitoring von über 7.500 NGOs in ganz Indien zu gewährleisten. CAPART hat etwa 150 Mitarbeiter, von denen ein großer Teil für Evaluierungs- und Monitoringaufgaben nur unzureichend ausgebildet ist. Geplant ist nun die Einrichtung von sechs Regionalbüros, um lokalen NGOs auch räumlich näher zu sein.

Doch es gibt aus der indischen NGO-Szene auch selbstkritische Stimmen, die zugeben, daß es unter ihnen schwarze Schafe gibt. Diese seien es, die mit ihren Aktivitäten die vielen seriösen NGOs in Indien in Mißkredit brächten.

Satellitenkanal für CNN

Mit dem Abschluß einer Vereinbarung zwischen dem staatlichen indischen Fernsehen 'Doordashan' und dem US-amerikanischen Nachrichtensender CNN hat Indien einen weiteren konsequenten Schritt auf dem Weg seiner Globalisierung getan. Der Vertrag erlaubt 'Doordashan', Kapazitäten des indischen Satelliten Insat-2B für 1,5 Millionen Dollar im Jahr an CNN zu vermieten. Werbeeinnahmen, die 1,5 Millionen Dollar überschreiten, werden von beiden Vertragspartnern geteilt. CNN ist damit der erste private Fernsehsender, der Zugang zu einem indischen Satelliten erhält. Damit erreicht der von CNN geplante 24-stündige Nachrichtenkanal etwa 16 Millionen Haushalte in Indien und fünf weitere Millionen im übrigen Südasien.

Nagas bekräftigen Unabhängigkeitsforderung

Im Rahmen einer Europareise warben die beiden Führer des 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN), Th. Muivah und Isak Chish Swu bei Politikern und Menschenrechtlern um internationale Unterstützung für den Freiheitskampf der Nagas gegen Indien. Sie fordern die Anerkennung der Souveränität der Nagas und der Unrechtmäßigkeit der Besetzung Nagalands durch indische und burmesische Truppen. Nach Informationen Muivahs und Swus sind im indischen Teil Nagaland über 250.000 Soldaten und andere Sicherheitskräfte stationiert, die unter Mißachtung der grundlegendsten Menschenrechte verhindern sollen, daß Nagaland sich von Indien abspaltet und unabhängig wird.

Nach dem Geschichtsverständnis der Nagas hat Indien niemals einen Anspruch auf ihr Territorium erworben. Die Briten hatten mit ihren Versuchen, die Naga-Siedlungsgebiete zu kolonisieren nur sehr bedingt Erfolg und schafften es erst 1881, einen Teil dieses Landes in den Status eines 'Britischen Distrikts' zu erheben, dessen administratives Zentrum Kohima wurde. Nach den Empfehlungen der sogenannten 'Simon Kommission', die im Januar 1929 Kohima besuchte, wurde der 'Naga Hills District' im 'Government of India Act' von 1935 als 'Excluded Area' definiert, in dem weder Bundesgesetze noch die Gesetzgebung Assams Gültigkeit haben sollten. Vor allem aus dieser rechtlichen Definition leiten die Nagas ihren An-

spruch auf Unabhängigkeit ab und weisen Indiens Interpretation, Nagaland sei ihnen von den britischen Kolonialherren vererbt worden, zurück. Im Juni 1947 unterzeichneten der 'Nationalrat der Nagas' ('Naga National Council' - NNC) und der Gouverneur von Assam, Sir Akbar Hydari, das sogenannte Neun-Punkte Abkommen, das den Nagas garantierte, zehn Jahre lang ihre Geschicke selbst bestimmen zu können. Nach Ablauf dieser zehn Jahre sollten sie dann in einer Volksabstimmung über ihren Beitritt zu Indien entscheiden können. Trotz dieser Vereinbarung, die Hydari im Namen der verfassunggebenden Versammlung Indiens unterzeichnet hat, wurde Nagaland in den Geltungsbereich der Verfassung des unabhängigen Indiens aufgenommen.

Am 14. August 1947, einen Tag vor der indischen Unabhängigkeitserklärung, erklärte Nagaland seine Unabhängigkeit, optierte in der politischen Praxis jedoch zunächst weiterhin für die Durchsetzung und Anerkennung des mit Hydari unterzeichneten Abkommens, das den Nagas für eine Dauer von zehn Jahren Selbstbestimmung garantierte. 1948 gab es mehrere Zusicherungen der indischen Zentralregierung, sich an dieses Abkommen zu halten; am 3. November 1949 jedoch leugnete der 'Chief'-Minister Assams, Gopinath Bordoloi, bei einem Treffen von NNC-Repräsentanten und einer Regierungsdelegation aus Delhi die Existenz eines solchen Abkommens. Daraufhin beschloß der NNC am 30. Dezember 1949 zum frühest möglichen Zeitpunkt einen unabhängigen, souveränen Staat Nagaland einzurichten.

Seitdem sind alle Versuche einer politischen Lösung dieses Konflikts gescheitert: für die Regierung in Delhi ist Nagaland ein Teil Indiens, die Nagas sehen ihr Land als von Indien besetzt und wollen Unabhängigkeit. Im Laufe der Jahre nahm der Konflikt immer gewalttätigere und blutigere Formen an, und auf beiden Seiten stieg die Zahl der Opfer.

1975 kam es zu der sogenannten Vereinbarung von Shillong ('Shillong Accord') zwischen Teilen des NNC und der Zentralregierung in Delhi. Der damalige NNC-Führer und 'Vater' der Naga-Unabhängigkeitsbewegung, Phizo, stimmte zu, die Waffen niederzulegen und die indische Verfassung zu akzeptieren. Für seine bis dahin engsten Vertrauten, Muivah und Swu bedeutete dies Verrat - sie

"verdamnten die Vereinbarung und hielten an ihrer, auf gesicherten historischen Fakten beruhenden, Forderung nach Unabhängigkeit fest", wie es in einer von ihnen selbst verfaßten Broschüre über die Geschichte Nagalands heißt. Muivah und Swu, die sich zum Zeitpunkt des 'Shillong Accords' in Peking aufhielten, um chinesische Unterstützung für ihren Unabhängigkeitskampf zu erbitten, gründeten das 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN), das seitdem einen Guerillakrieg gegen Indien führt.

Für die indische Regierung ist der NSCN die augenblicklich "gefährlichste Terroristengruppe Indiens", die zusammen mit ihren Verbündeten im Nordosten Indiens für eine Vielzahl von Terroranschlägen verantwortlich gemacht wird - zuletzt unter anderem für einen Anschlag auf den Expreszug 'Brahmaputra Mail', bei dem im Frühjahr etwa 30 indische Armeeangehörige ums Leben kamen (siehe dazu auch 'Südasiens', 1-2/95).

Ende Juli überfiel der NSCN eine Polizeipatrolie in der Nähe von Haflong und erschoss dabei sechs Angehörige der Punjab-Police - als Vertreter des indischen Staates sind diese "Feinde" der Nagas. Durch den Überfall provoziert, wüteten Kameraden der erschossenen Polizisten mehrere Tage in Haflong, zerschlugen Autos, plünderten Geschäfte und schlugen wahllos Passanten zusammen. Erst nach zwei Tagen konnte die Armee die wütenden Polizisten stoppen. Angesichts solcher Vorfälle fällt es dem NSCN leicht, indischen Sicherheitskräften massive Menschenrechtsverletzungen

in Nagaland vorzuwerfen.

Auf die vom NSCN verübten Anschläge (die offenbar immer mehr dazu dienen, solche Menschenrechtsverletzungen zu provozieren) und in der indischen Presse beschriebenen 'Greuelthaten' des NSCN (zum Beispiel im Zusammenhang mit den Kuki-Naga-Konflikten in Manipur - (siehe 'Südasiens', 5-6/93) angesprochen, reagierten Muivah und Swu in ihren Gesprächen in Deutschland mit dem Hinweis auf die indische Propaganda. Da man sich jedoch im Krieg mit Indien befinde, so räumten sie ein, seien auch unschuldige Opfer nicht zu vermeiden. Vehement verteidigten sie die im Juni erneuerten 'Zahlungsbescheide', mit denen Teeplantagen in Assam um die Zahlung von 'Steuern' an die Regierung Nagalands aufgefordert wurden. Wenn diesen Zahlungsaufforderungen nicht Folge geleistet würde, so Muivah, müsse man diesen halt Nachdruck verleihen - schließlich befänden sich die betreffenden Plantagen eigentlich auf Nagaterritorium und seien daher 'steuerpflichtig'.

Beide Positionen sind so verhärtet, daß eine politische Lösung zur Zeit als unmöglich erscheint. Indien hat in verschiedenen Gesprächen für Nagaland einen ähnlichen Status angeboten, wie ihn Bhutan hat - für Muivah und Swu undenkbar. Sie wollen völlige Unabhängigkeit und Selbstbestimmung und sind zuversichtlich, auch als unabhängiger Staat, mit etwa drei Millionen Einwohnern, wirtschaftlich und politisch zwischen Indien, China und Burma überleben zu können.

(Theo Ebberts)

Krise in Kashmir

Die Entführung ausländischer Touristen - die einen vorläufigen traurigen Höhepunkt mit der Ermordung eines Norwegers erreichte - durch separatistische Moslems in Kashmir, hat wieder einmal die internationale Öffentlichkeit auf die Kashmirkrise gelenkt. Die Entführung kam als schwerer Rückschlag für jüngste Friedensbemühungen der Zentralregierung in Delhi, die auch nach der Zerstörung des Moslemheiligtums in Char-e-Sharif noch an ihrem Plan festhielt, im November Wahlen in Kashmir durchzuführen.

Der Zeitpunkt für die Entführungen war von den Extremisten geschickt gewählt worden: kurz nach dem Besuch des us-amerikanischen Botschafters Wisner in Srinagar, dem einige hochrangige Delegationen indischer Politiker aus Delhi folgten. Der Besuch des amerika-

nischen Botschafters hat zu Diskussionen und Spekulationen über amerikanische Interessen in der Krisenregion geführt. Während seines viertägigen Besuchs in der Region achtete Wisner sorgfältig darauf, daß seine Aussagen und Bemerkungen in keinerlei Widerspruch zur indischen Auffassung standen. Wisner führte Gespräche mit Vertretern aller wichtigen politischen Gruppierungen in Kashmir, darunter Yasin Malik, dem Präsidenten der 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF) und betonte dabei immer wieder, daß die Kashmiris selbst über die zukünftige Stellung Kashmirs befinden müßten.

Für die USA wird Kashmir als internationaler Krisenherd immer wichtiger. Der Besuch Wisners fand unmittelbar nach dem G-7 Treffen in Halifax statt, in dessen Abschlusserklärung Kashmir zum

erstenmal als "wichtige Angelegenheit" bezeichnet wurde. Wisner forderte die Kashmiris auf, sich an den von der Zentralregierung in Delhi angekündigten Wahlen zu beteiligen, da sie eine Möglichkeit böten, die Bevölkerung Kashmirs stärker an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Gleichzeitig wies er jedoch darauf hin, daß die beabsichtigten Wahlen nur ein erster Schritt zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes sein könnten und forderte weitere Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan.

Wisners Besuch folgten die Besuche wichtiger Politiker aus Delhi, u.a. reisten Industrieminister Karunakaran und Finanzminister Manmohan Singh nach Srinagar. Im Gefolge Singhs befanden sich hochrangige Repräsentanten des Banken- und Versicherungsgewerbes,